



Gespanntes Lauschen, wie die Geschichte weitergeht. Abgeordneter Julian Preidl (rechts) beim Vorlesen an der Realschule Furth im Wald.  
Bildquelle: Bürgerbüro Preidl

## Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht mehr als Freiwilligkeit

### ***FREIE WÄHLER fordern verpflichtendes Gesellschaftsjahr auch für den Landkreis Cham***

Verpflichtender Wehrdienst, freiwilliger Wehrdienst, neuer Wehrdienst – diese Begriffe bestimmen derzeit die mediale Debatte in Deutschland. Neue Elemente wie Online-Fragebogen und Reservistenpotenzial vermischen sich mit bekannten Schlagworten der letzten Wochen: Verteidigungsfähigkeit, Rüstung, Resilienz. Während CDU/CSU und SPD auch künftig auf eine rein freiwillige Rekrutierung setzen, fordern die FREIEN WÄHLER ein Umdenken – und schlagen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr vor, das ganz bewusst auch den ländlichen Raum wie den Landkreis Cham mitdenkt.



„Es ist unbestritten, dass unser Land wieder eigenständig für seine Verteidigungsfähigkeit sorgen muss. Dafür bedarf es einer ausreichenden Zahl an Soldatinnen und Soldaten, die nach dem Wehrdienst auch als Reservistinnen und Reservisten zur Verfügung stehen. Eine schnelle und umfassende Aufwuchs- und Durchhaltefähigkeit ist für unseren Staat in Krisen- und Kriegszeiten unerlässlich. Doch die Bundesregierung setzt weiterhin auf Freiwilligkeit. Die neue Wehrpflicht unterscheidet sich daher kaum von der Praxis seit 2011“, erklärt MdL Julian Preidl aus der Oberpfalz.

Konkret heißt das: Nach aktuellem Stand müssen alle jungen Männer, die dieses Jahr volljährig werden, noch 2025 einen Online-Fragebogen ausfüllen. Abgefragt werden unter anderem die Bereitschaft zum Dienst an der Waffe, körperliche Fitness, besondere Qualifikationen sowie der Bildungsabschluss. Wer den Fragebogen trotz Aufforderung nicht ausfüllt, muss mit einem Bußgeld rechnen. Frauen und andere Geschlechter können den Fragebogen freiwillig ausfüllen.

„Die freiwilligen Bundeswehrangehörigen leisten bereits heute zusammen mit den Zeit- und Berufssoldaten einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Aber allein auf Freiwilligkeit zu setzen, reicht nicht aus – das zeigt sich auch bei uns im Landkreis Cham“, so Preidl. „Ob in den Seniorenheimen des BRK in Bad Kötzing, Furth oder Waldmünchen, bei den Freiwilligen Feuerwehren oder in den Einheiten des Katastrophenschutzes: Unsere Region lebt von den Anpackern – und braucht dringend Nachwuchs.“

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist klar: Es braucht ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle – unabhängig davon, ob sich die jungen Menschen im sozialen, kulturellen, ökologischen oder militärischen Bereich einbringen wollen. Ein solches Jahr würde nicht nur die Verteidigungsfähigkeit stärken, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander im ländlichen Raum nachhaltig fördern.

„Wir wissen aus der Zeit des früheren Zivildienstes, wie prägend dieser Einsatz für viele junge Menschen war. Tausende sammelten dabei Erfahrungen, die sie ein Leben lang begleiten“, sagt Julian Preidl. Auch im Landkreis Cham gibt es zahlreiche Einrichtungen, die von einem solchen Pflichtjahr profitieren würden – vom BRK über das Klinikum in Bad Kötzing bis hin zu den Blaulichtorganisationen.

Mittlerweile greifen auch die Junge Union und die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), die Idee eines Gesellschaftsjahrs auf – ein Konzept, das die FREIEN WÄHLER bereits seit Jahren fordern.



Ohnehin stellt die Bundesregierung bereits in Aussicht, dass der Wehrdienst wieder verpflichtend werden könnte, falls sich nicht genügend Freiwillige melden. Für den ersten Einzugszeitraum rechnet die Bundeswehr mit 5.000 neuen Rekrutinnen und Rekruten – mehr seien aufgrund begrenzter Ausbildungskapazitäten derzeit nicht möglich. Zum Vergleich: Im Jahr 2007 wurden in Deutschland über 680.000 Kinder geboren.

„Wenn davon nur 0,007 Prozent einen Wehrdienst leisten können, dann geht unglaublich viel gesellschaftliches Potenzial verloren – auch bei uns im Landkreis Cham“, so Julian Preidl. „Wir brauchen eine breite, verpflichtende und gesamtgesellschaftliche Lösung – nicht nur für die Bundeswehr, sondern für unsere ganze Gemeinschaft.“

